

Otto von Habsburg über die Reform des europäischen Parlaments (Langenlois, 4. Juli 1974)

Quelle: Wo steht Europa?- Wien: Österreichische Mediathek [Prod.], 04.07.1974. Österreichische Mediathek, Wien. - SON (00:04:04, Fotomontage, Originalton).
Österreichische Mediathek, Webgasse 2A, A-1060 Wien. www.mediathek.ec.at.

Urheberrecht: Transcription CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/otto_von_habsburg_uber_die_reform_des_europaischen_parlaments_langenlois_4_juli_1974-de-7b65aef3-2e56-4419-9a14-94d2bb614f1f.html



Publication date: 04/07/2016

Otto von Habsburg über die Reform des europäischen Parlaments (Langenlois, 4. Juli 1974)

[Otto von Habsburg] Die zweite politische Entscheidung von größter Wichtigkeit – übrigens ein Gedanke, der weitgehend von Österreich ausgegangen ist, nur jetzt Kreise außerhalb Österreichs zu ziehen beginnt – ist, dass wir die europäischen Organe, das Europaparlament oder den Konsultativrat des Europarates, niemals zum Funktionieren bringen werden, wenn sie weiterhin durch die nationalen Parlamente gewählt und nicht durch die Bevölkerung gewählt werden.

Schauen sie, es ist doch eigentlich etwas ganz Groteskes, dass unsere Regierungen, die sich den Mund so voll nehmen mit mehr und immer mehr Demokratie, wenn es sich darum handelt, dort die Demokratie zur Anwendung zu bringen, wo sie einen praktischen Nährwert hätte, also wirklich einen Nutzen hätte, nämlich in Europa, da auf einmal sagt man „Nein“. Das will man nicht, die Bevölkerung soll nichts mit den europäischen Organen zu tun haben. Ergebnis: Diese gesetzgebenden Organe in Europa können einfach nicht funktionieren, so wie sie sind, weil es ja doch offensichtlich ist, die Leute, die dorthin delegiert werden, sind ja Mitglieder ihrer nationalen Parlamente. Die Aufgaben in den nationalen Parlamenten sind so ungeheuer angewachsen, dass die überhaupt für ihre europäischen Aufgaben keine Zeit haben. Dadurch wird die europäische Bürokratie nicht kontrolliert, die europäischen Regierungen nicht sekiert, was sie meist weiß Gott, sekiert werden sollten, und es funktioniert der ganze Apparat nicht.

Das ist das Wesen – glaube ich – der Krise der europäischen Institutionen. Wir hatten diesbezüglich hier in Europa zuerst einmal eine Unterschriftensammlung eingeleitet, den so genannten österreichischen Volksbrief, worin vor vier Jahren 55 000 österreichische Wähler unsere Bundesregierung aufgefordert haben, dass die Vertreter Österreichs zum Europarat durch die Bevölkerung gewählt werden. Es wurde das sehr freundlich aufgenommen und ist dann in irgendeine Schublade gegangen. Aber Gott sei Dank ist es nicht stehen geblieben, und es haben sich zwei Landtage bereits bereit gefunden, einstimmig sich diesem Wunsche anzuschließen: die Landtage von Tirol und Vorarlberg. Und wenn nicht alle Zeichen trügen, werden jetzt die Landtage der Steiermark und Oberösterreichs nachziehen, zumindest haben diesbezüglich die Landeshauptleute bindende Zusagen gemacht. Und als Niederösterreicher möchte ich sagen, ich wünschte, dass Niederösterreich auch aus seinem etwas sekulären Schlaf aufwachen würde und sich ebenfalls dieser Bewegung anschließen würde, und ich glaube, wenn ich Sie da bitten dürfte, wer von Ihnen Abgeordnete unter seinen Freunden zählt, sie daran zu erinnern, dass es vielleicht ganz schön wäre, wenn Niederösterreich hier mittäte. Denn dann, wenn einmal genügend Landtage diese Forderung aufstellen, wird sich die Regierung bei uns nicht mehr so leicht der Sache entziehen können, wie wenn es nur einfache gewöhnliche Wähler sind. Bitte ausgenommen in Wahlzeiten.

Mit anderen Worten, hier hat die Sache angefangen, und nunmehr hat sie über die österreichischen Grenzen hinausgegriffen. Wir haben zuerst gehabt den Beschluss des Südtiroler Landtages, der sich der Nordtiroler Initiative angeschlossen hat und dies gegenüber der römischen Regierung zum Ausdruck gebracht hat. Und dann ist jetzt in diesem Jahr zuerst einmal die Regierungserklärung der neu gewählten belgischen Regierung von Leo Tindemans gekommen. Belgien plant jetzt, die Volkswahl durchzuführen, also im Parlament durchzubringen, und hofft, bereits 1975 seine Vertreter durch die Bevölkerung wählen zu lassen. Und die CDU/CSU hat am 2. April im deutschen Bundestag ebenfalls einen Gesetzentwurf in diesem Sinne eingebracht. Also hier wäre etwas tatsächlich zu machen.